

## Beamte und Pensionäre zahlen die Zeche für Versäumnisse in der Steuerpolitik



Nach der bereits vor 6 Jahren erfolgten Streichung des Weihnachtsgeldes will die schwarz-gelbe Landesregierung den niedersächsischen Beamtinnen und Beamten erneut in die Tasche greifen. Durch die Anhebung der Pensionsaltersgrenze auf das 67. Lebensjahr will sie bis zum Jahr 2039 kräftig sparen.

Beginnend mit ca. 5,6 Mio. Euro im Jahr 2012, über 25 Mio. Euro im Jahr 2015 und 34 Mio. Euro im Jahr 2020 und im Jahr 2035 auf knapp 115 Mio. Euro anwachsend, soll der Beitrag der Beamtinnen und Beamten zur Sanierung des maroden Landeshaushaltes insgesamt etwa 1,7 Milliarden Euro (1.700.000.000 €) betragen.

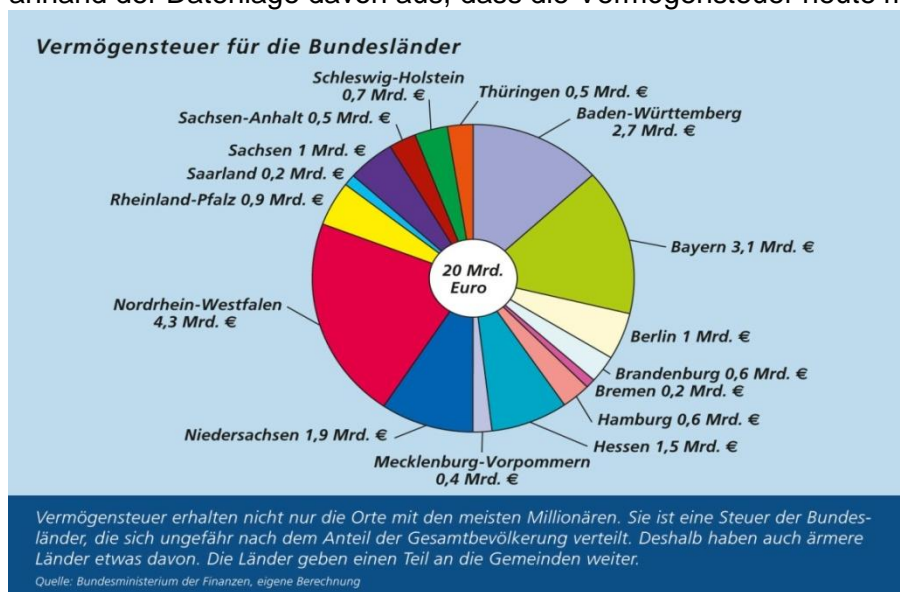
### Wir meinen: Gerecht geht anders!

Durch eine gerechte Steuerreform kann die Anhebung der Altersgrenzen verhindert werden.

### ver.di fordert:

Die Wiedererhebung der Vermögensteuer mit einem Steuersatz von einem Prozent. Ein Freibetrag von 500.000 Euro soll sicher stellen, dass normale Familienvermögen nicht betroffen sind.

Rund zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland hat kein oder nur ein sehr geringes Vermögen. Umgekehrt besaßen die oberen zehn Prozent fast 60 Prozent des Vermögens. Für die Vermögensteuer kommt nur diese Gruppe der oberen zehn Prozent in Frage, und darunter nur Familien, deren Vermögen den Freibetrag übersteigt. Insgesamt gehen wir anhand der Datenlage davon aus, dass die Vermögensteuer heute mindestens 20 Milliarden



Euro einbringen würde. Auf Niedersachsen würde etwa ein Zehntel dieser Summe entfallen, also 1,9 Milliarden € jährlich. So könnten neben gerechten Pensionen auch andere dringende Aufgaben des Landes locker finanziert werden.